

Bodenschutz ist Gebot der Stunde

Bernhard Krüsken



Bernhard Krüsken
Generalsekretär des
Deutschen Bauernver-
bands e. V.

Ohne Netzausbau keine Energiewende – eigentlich eine einfache Einsicht, mit der sich die Politik aber nach wie vor schwertut. Mit der Entscheidung, den Netzausbau in großen Teilen unter die Erde zu verlegen, wurden Planung und Realisierung neuer Trassen weiter erschwert und die Kosten deutlich erhöht. Vor allem aber wurde den betroffenen Landeigentümern und Landnutzern eine schwere Last aufgebürdet. Höchstspannungsgleichstromstrecken als Erdkabel erfordern gravierende und massive Eingriffe in den Boden, die über die Schäden und Nutzungsbeschränkungen im klassischen Freileitungsbau weit hinausgehen. Bei der Verlegung dieser Erdkabel muss in vielen Fällen der Boden komplett ausgetauscht werden, um Halt und Stabilität der Leitungen zu gewährleisten. Anschließend müssen die Kabeltrassen nicht nur von tief wurzelnden Pflanzen freigehalten werden, sondern dürfen auch anderweitig nicht überbaut werden. Darüber hinaus strahlen Erdkabel Wärme ab. Durch die insbesondere bei Wechselspannung von einer Erdverkabelung ausgehende Erwärmung des Bodens ist mit erhöhten Verdunstungs- und Austrocknungsraten in einem ca. 20–30 Meter breiten Streifen zu rechnen. Dauerhafte und nicht nur vorübergehende erhebliche Produktionseinbußen auf landwirtschaftlichen Flächen sowie höhere Bewirtschaftungsweniger sind die Folge. Aus landwirtschaftlicher Sicht ist es auch kein Trost, dass nach Wiederherstellung der Bodenoberfläche und der Vegetation eine Notwendigkeit für naturschutzfachlichen Ausgleich nicht zu begründen ist; die Einschränkungen für die landwirtschaftliche Nutzung der nicht vermehrbaren Ressource Boden wiegt schwer. Der Eingriff in den Boden und in das Grundeigentum ist massiv und wesentlich größer als beim herkömmlichen Freileitungsbau; daher lehnt der Deutsche Bauernverband auch weiterhin den Vor-

rang für die Erdverkabelung bei HGÜ-Leitungen im vorgesehenen Umfang ab.

Vor diesem Hintergrund muss dem Bodenschutz oberste Priorität eingeräumt werden. Es geht um die wichtigste landwirtschaftliche Produktionsgrundlage und um die Erhaltung einer knappen, nicht vermehrbaren, lebenswichtigen Ressource für die Lebensmittelherzeugung und für die Bioökonomie – ebenfalls ein wichtiger Teil der Energiewende bzw. der Dekarbonisierung. Dazu hat der Deutsche Bauernverband ein wissenschaftlich basiertes Bodenschutzkonzept entwickelt mit dem Ziel, die Ertragsfähigkeit der Böden möglichst zu erhalten. Neben den wiederkehrenden Zahlungen für die HGÜ-Leitungen ist ein solches Konzept eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz bei den betroffenen Land- und Forstwirten.

Grundlage ist die Begleitung von Erdkabelprojekten durch unabhängige, sachverständige Bodenkundler, die im Einvernehmen mit der landwirtschaftlichen Seite ausgewählt werden und bereits in der Planungsphase eingebunden werden. Eckpunkte des Bodenschutzkonzepts sind die Vermeidung oder größtmögliche Minimierung von Schäden in der Bauphase, Vorgaben und Mindestanforderungen für Zwischenlagerung und Wiederaufbau von Bodenschichten sowie ein begleitendes bodenkundliches Monitoring im Anschluss an die Bauphase und während des Betriebs der Leitung. Maßgeblich sollte hier nicht die naturschutzfachliche Betrachtung sein sondern die Schadensvermeidung aus landwirtschaftlicher Sicht. Der trotz aller politischen Absichtserklärungen ungebremste Flächenverbrauch erfordert, dass ein qualitativ hochwertiges Bodenschutzkonzept auch bei anderen Infrastruktur-Projekten Anwendung finden muss, die das Schutzgut Boden beanspruchen. Die Bundesnetzagentur ist aufgerufen, bei den großen Erdkabelprojekten bereits in den Bundesfachplanungen verbindliche Festlegungen zum Bodenschutz zu treffen. Es ist dringend notwendig, trotz des politisch festgelegten Vorrangs der Erdverkabelung bei HGÜ-Leitungen den Bodenschutz konsequent umzusetzen und in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Landwirte dürfen nicht die Leidtragenden einer gesellschaftlich gewollten und klimapolitisch notwendigen Energiewende sein.